



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2022/1317

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

01.02.2022

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Rat der Stadt Leverkusen	14.02.2022	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Keine Impfpflicht im Gesundheitswesen

- Antrag der AfD-Fraktion vom 31.01.2022

Anlage/n:

1317 - Antrag



Herrn
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

AfD-Fraktion
im Rat der
Stadt Leverkusen
Postfach 220186
51322 Leverkusen
info@afdfraktion-lev.de

Leverkusen, den 31.01.2022

Antrag: Keine Impfpflicht im Gesundheitswesen!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 14.02.2022:

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Leverkusen möge sich entschieden gegen die ab dem 15.03.2022 entstehende Impfpflicht im Gesundheitswesen durch den §20 des Infektionsschutzgesetzes aussprechen und die Bundesregierung für diese Einschneidungen in das Grundgesetz und der Missachtung der EU-Resolution 236 kritisieren.

Begründung:

Der Zwang zu einer Impfung eines mRNA-Wirkstoffes der gezeigt hat, dass er nur zu 60% oder 75% schützt (Omikron-Variante sogar nur 40%) und Geimpfte trotzdem erkranken - und trotz der Impfung auch Überträger des SARS-CoV-2-Virus sind (wissenschaftlich und medizinisch bewiesen) - ist inakzeptabel.

Eine Zwangsimpfung steht nicht für Demokratie, Solidarität und Toleranz und schon gar nicht für Humanität, sondern für Intoleranz, Diskriminierung und asozialem Gebaren gegenüber der Berufsgruppe im Gesundheitswesen.

Hier ist an die Freiwilligkeit und Vernunft dieser Berufsgruppe zu appellieren. Ein Zwang hat hier nichts zu suchen. Jeder Mensch kann selbst über sich bestimmen. Jeder Mensch soll über sein Leben selbst bestimmen können, dieselben Rechte haben wie alle anderen auch.

Dies gilt für alle Menschen! An dieser Stelle verweisen wir auf die EU-Resolution 236 der auch alle deutschen Mandatsträger in Brüssel zugestimmt haben, sowie unserem Grundgesetz (Artikel 1 und 2 GG).

Zudem wird immer mehr Druck auf Ungeimpfte im Pflege- und Gesundheitswesen nur zu einem verschärften Personalnotstand führen, weil viele ungeimpfte Beschäftigte in letzter Konsequenz ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung über eine weitere Tätigkeit in diesem Bereich stellen werden. Beispielsweise in den LVR Kliniken geht man von 5-10 Prozent der Mitarbeiter aus, die bei einem Festhalten an der einrichtungsbezogenen Impfpflicht wegfallen werden. In den Einrichtungen der Stadt Leverkusen dürfte sich die Situation wahrscheinlich ähnlich darstellen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Yannick Noe'. The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.

Yannick Noe
Fraktionsvorsitzender